



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Der Ring im Westen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Interessen im fernen Osten verstärkt wird. Amerikas Weg zum fernen Osten geht in seiner Hauptfront wie bei allen geschichtlichen Imperien über das mittelländische und das indische Meer. Wenn Amerika seine Kriegsflotten heute in der Ostsee und morgen via Panama zum Kampfe gegen Japan einsetzen will, bedarf es einer starken britischen Seemacht, die einerseits die deutsche Seemacht in Schach hält und andererseits im mittelländischen und indischen Meere jenes Gleichgewicht schafft, das zur Aufrechterhaltung sicherer Verbindungswege erforderlich ist.

Die obigen Ausführungen sollen den Machtstandpunkt Wilsons charakterisieren. In dem Völkerbundgedanken gibt es keine Spur ewigen Friedens. Amerika wird der Diktator der gebeugten Welt. Jede Freiheitsbewegung will es durch Schiedsgerichte bekämpfen. Das Unterseeboot als wesentlichste Waffe gegen die Hegemonie wird einfach verboten. In erster Linie werden es deutsche Freiheitsregungen sein, die verhindert werden. Gegen alle diese Mächenschaften wird es nur ein Rettungsmittel für das unterdrückte Deutschland geben: und das ist Zusammenraffung zu deutscher Einheit und äußerster Ausbau deutscher Kraft.



Der Ring im Westen



Ue beunruhigender in Frankreich die Nachrichten über das Schicksal lauten, das der Völkerbundsvertrag und das französisch-amerikanische Bündnisabkommen in Amerika erfahren können, je länger eine endgültige Regelung der Verhältnisse im Osten sich hinauszuziehen scheint, je deutlicher auch die kleinen Staaten im Südosten, die Südslaven, die heftig verstimmten Rumänen und besonders die Tschechen, skeptisch gegen die Möglichkeit wertvoller Hilfe durch Frankreich, das vor allem die Polen zu begünstigen scheint —, die letzte Rede Venes hat in Frankreich ziemlich Besürzung erregt, weil man fest damit gerechnet hatte, die Tschechen als Sturmbock gegen Deutschland verwenden zu können — durchblicken lassen, daß sie ihre eigenen Wege zu gehen entschlossen sind, desto energischer geht man in Frankreich darauf aus, sich selber gegen einen noch immer befürchteten Angriff Deutschlands zu sichern. Die Französerung des Elsaß wird trotz der vorsichtig bremsenden Tätigkeit Millerands mit Hochdruck betrieben, die Umtriebe in der Pfalz und im Rheinland zur Loslösung von Preußen, womit man natürlich das „verpreußte“ Deutschland, dessen fortschreitenden Zusammenschluß man mit steter Besorgnis verfolgt, meint, wollen nicht aufhören und werden es auch ferner nicht und im Saargebiet wird, um die Volksabstimmung in fünfzehn Jahren gründlich vorzubereiten, mit der Keitpeitsche französisiert. Aber diese „Garantien“ genügen den halb trozkigen, halb offenbar furchtsamen französischen Militärs noch immer nicht, zu einer wirklichen Sicherung ist, so argumentieren sie mit Hinweis auf den Verlauf des Krieges, die Hilfe Belgiens unentbehrlich.

Um diese Hilfe zu gewinnen (und aus wirtschaftlichen Gründen), hat man sich, zumal gelegentlich der im Juli unternommenen Reise Poincarés nach Belgien, bemüht, die belgisch-französische Solidarität zu betonen, die Freundschaft beider Völker in enthusiastischen Ausdrücken zu feiern und eine wirtschaftliche Annäherung herbeizuführen. Greifbare Ergebnisse sind allerdings damals nicht erzielt worden, aber kürzlich hat doch der französische Wiederaufbauminister Loucheur betont, daß er alles tun werde, um den Handel Antwerpens zu heben, zumal da dessen natürlicher Hinterhafen Strakburg sei. Alle Transitwaren für Elsaß-Lothringen

würden daher in gleicher Weise wie die der französischen Häfen behandelt werden. Auch der französische Botschafter de Margerie hat beim Stapellauf des ersten in Belgien gebauten Petroleumschiffes erklärt, Frankreich werde aktiv an der Wiederherstellung des Antwerpener Hafenverkehrs arbeiten. Den ersten Anstoß dazu biete die Gründung einer französisch-belgischen Schiffahrtsgesellschaft. Außerdem werde die Compagnie générale transatlantique eine ständige Dampferlinie zwischen Antwerpen und Marokko einrichten. Auch Ruhrkohle ist Belgien versprochen worden und, die surtaxe d'entrepôt ist, soweit es irgend mit französischen Sonderinteressen vereinbar war, herabgesetzt worden. Es kann aber als ausgemacht gelten, daß man in den maßgebenden Kreisen beider Länder bemüht sein wird, der wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung auch ein Militärabkommen folgen zu lassen.

Unlängst ist allerdings durch den Ausfall des Referendums in Luxemburg ein Schatten auf diese Freundschaft gefallen. Daß Luxemburg sich für eine Wirtschaftsunion mit Frankreich entscheiden würde, konnte nach der schon im Dezember erfolgten Kündigung der seit 1842 bestehenden Zugehörigkeit zum deutschen Zollverein, und dem am 2. Januar abgegebenen einstimmigen Votum der luxemburgischen Wirtschaftskommission nicht mehr zweifelhaft sein. Die Landwirtschaft Luxemburgs, die vom Anschluß an Belgien den Verlust ihrer lothringischen Märkte und die Konkurrenz der billigeren belgischen Erzeugung fürchtete, und die Hüttenindustrie, der Belgien keine Erze liefern kann, da es selbst mehr verbraucht als erzeugt, die aber wegen der drohenden Erschöpfung der eigenen Gruben auf fremde Erze angewiesen ist, waren für den Anschluß an Frankreich, und der Weinbau, die Brau- und Handschuhindustrie, die für Belgien waren, vermochten dagegen nicht aufzukommen, besonders da auch die Arbeiter wegen der höheren französischen Löhne und, seitdem in Deutschland der Lehrstuhl für den in Luxemburg noch immer geltenden Code Napoléon aufgegeben worden ist, auch ein großer Teil der Intellektuellen für Frankreich waren. In Frankreich hat man diese Lage von Anfang an richtig einzuschätzen gewußt und sich mit Rücksicht auf Belgien aller offenen Propaganda für den Anschluß an Frankreich enthalten. Während Belgien in Luxemburg eine Gesandtschaft einrichtete, begnügte man sich französischerseits mit einem Geschäftsträger und beschränkte sich darauf, die Monarchie gegen revolutionäre Unruhen zu schützen. Ob hinter den kurz vor der Abstimmung erfolgten Enthüllungen des „Messenger de Bruxelles“, der die annexionistischen Absichten des belgischen Ministers Snymans an die Öffentlichkeit brachte, französischer Einfluß rege war, kann nicht mit Bestimmtheit entschieden werden, sicher ist, daß auch diese Auslassungen der belgischen Sache nicht eben förderlich gewesen sind. Jetzt fleht die französische Presse, nachdem sie die bevorstehende Angliederung des luxemburgischen an das französische Eisenbahnnetz kommentiert hat, die Belgier an, das Ergebnis der luxemburgischen Volksabstimmung um Gottes willen nicht übel nehmen zu wollen und das „Echo de Paris“ betonte die Notwendigkeit eines belgisch-luxemburgisch-französischen Bündnisses. „Wir wissen“, hieß es dort, „daß unsere Regierung bereit ist, einer Verständigung zuliebe Opfer zu bringen, sogar die Verwaltung der Eisenbahnen würden sie im Einverständnis mit Brüssel und den interessierten Gegenden bestimmen wollen“ (natürlich! es wäre vortrefflich, wenn man ein möglichst einheitliches lothringisch-ostfranzösisch-luxemburgisch-südbelgisches Eisenbahnsystem zusammenbrächte). „Die letzten Monate haben Frankreich bewiesen, daß es, will es seinen Rang als Großmacht behalten, dem Bündnis mit England und Amerika unbedingt feste (!) Kontinentalbündnisse hinzufügen muß: mit Belgien, Italien, den kleinen Staaten Zentral- und Osteuropas schon jetzt, mit Rußland morgen. In diesem System steht Belgien an erster Stelle, sowohl in Anbetracht des Beistandes, den es uns zu leisten vermag wie der Gefühle, die in jedem Franzosenherz für es schlagen. Wir werden das durch Taten zu beweisen wissen.“

Diese Politik läßt sich auch in der unverhehlt hollandfeindlichen Stellung wahrnehmen, die man in Frankreich dem holländisch-belgischen Konflikt gegenüber

einnimmt. Belgiens Wünsche gegen Holland lassen sich bekanntlich in zwei großen Forderungen zusammenfassen: Oberhoheit über die Schelde und Besitz von Holländisch-Limburg, dem sogenannten Maastricht-Zipfel. Beide Forderungen hängen mit Belgiens Antwerpenpolitik zusammen und sind vom Standpunkt des aufstrebenden und unternehmungslustigen kleinen Staates, der eben erst die Fessel seiner Neutralität abgeworfen hat, sehr begreiflich, lassen sich jedoch ohne weitgehende Verletzung holländischer Hoheitsrechte nicht verwirklichen, zu deren Aufgabe Holland um so weniger Grund sieht, als dadurch die Entwicklung des schärfsten Konkurrenten Rotterdams gefördert würde. Und so hat sich Holland den belgischen Ansprüchen gegenüber von vornherein auf den Standpunkt gestellt: keine Minderung holländischer Souveränität, keine territorialen Abtretungen, aber, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, weitgehendes Entgegenkommen. Aber in den Belgiern ist nun einmal während des Krieges ein ehrgeiziger Annexionismus wach geworden, mit dem ganzen Egoismus von zum politischen Leben erwachenden Staaten verwirft man alle Kompromisse und will ganze Arbeit machen, und so hat man sich nicht geschaut, besonders in Limburg, das man für den geplanten Rhein—Maas—Schelde-Kanal braucht, der (vielleicht!) besonders den Rheinverkehr von Rotterdam nach Antwerpen ablenken würde, eine probelgische Propaganda hervorzurufen. Man entdeckte, daß sich die alteingesessene Bürgerschaft Maastrichts seit 1830 unterdrückt gefühlt habe und verlangte von der Friedenskonferenz, sie solle eine Volksabstimmung in Limburg anordnen. Dabei war man aber klug genug, nicht die wirtschaftlichen, sondern militärische Erwägungen in den Vordergrund zu stellen. Man machte geltend, daß bei einem neuen Angriff Deutschlands Belgien nicht imstande sein würde, den deutschen Vormarsch aufzuhalten, falls Deutschland sich entschloße, den Limburger Zipfel zu durchqueren, den die Holländer weder in der Lage, noch, wie man aus Erfahrungen von 1914 enthüllen zu können vorgab, gewillt seien, militärisch zu verteidigen, hatten sie doch 1918 sogar erlaubt, daß ein bedeutender Teil der deutschen Heere den Rückzug durch Limburg genommen hätte. Das hieß also den Franzosen bedeuten: wenn ihr wollt, daß wir euch das nächste Mal wieder tatkräftig verteidigen können, dann sorgt bitte dafür, daß uns das auch möglich wird, und obwohl der Marschall Foch kühl erklärt haben soll, einen militärisch wirklich ausreichenden Schutz würde nur die vollständige Rheingrenze, also auch die des holländischen Rheins, gewähren können, nahmen Pariser Blätter dieses mot d'ordre willig auf und setzten sich für Belgien mit einer Wärme ein, als gälte es, ein neues Elsaß-Lothringen zu gewinnen. Die holländische Presse nahm diese Kampagne mit bewundernswerter Ruhe auf, die auch durch allerlei Grenzzwischenfälle kaum gestört wurde, in letzter Zeit beginnt aber auch sie nervös zu werden, besonders da jüngst die Möglichkeit erörtert worden ist, die Belgier könnten in Nachahmung von d'Annunzios Handstreich sich eigenmächtig in den Besitz von Maastricht setzen. Schon beginnt man auch die Amerikaner, die Antwerpen zur Verpflegungsbasis für Europa machen wollen und in dem verarmten Lande fleißig Fabriken kaufen, gegen Holland aufzuheizen und die Reize des belgischen Königspaars und des Kardinals Mercier hat, wie die hollandfeindliche Sprache amerikanischer Blätter zeigt, sicher im wesentlichen den Zweck, Stimmung für Belgien zu machen. Der Kardinal Mercier soll sogar, laut einem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt haben, daß Belgien für seeländisch Flandern mit Freuden einen neuen Krieg führen würde. Die Meldung klingt insofern unwahrscheinlich, als Belgien gerade an seeländisch Flandern wegen des dadurch entstehenden Zuwachses an Flamen nicht soviel gelegen sein kann, wie an Limburg; sollte diese Äußerung von seiten des als kluger Politiker bekannten Kardinals aber wirklich gefallen sein, so darf man die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes immerhin ernsthaft ins Auge fassen. Inzwischen sollen, nach einer unkontrollierbaren Meldung der „Libre Belgique“ die Großmächte den Beschluß gefaßt haben, beiden Mächten folgenden Vergleich vorzuschlagen: 1. Vereinbarungen über wirtschaftliche Fragen. 2. Holland gibt die Erklärung ab, daß es jede Verletzung Holländisch-Limburgs als casus belli be-

trachtet. 3. Holland verpflichtet sich, sofort um Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen. Daraus erhellt, daß man Holland nötigen will, sich der Koalition der westeuropäischen Mächte Frankreich-Belgien und -Italien, dem man in Frankreich neuerdings wieder starke Avancen macht, auf Gedeih und Verderb anzuschließen. Die Bewilligung von Punkt 2 würde Holland in einem wichtigen Moment der freien Entscheidungsmöglichkeit berauben und ein Eingehen auf Punkt 3 hieße, so lange Deutschland nicht im Völkerbund aufgenommen ist, direkt einer gegen Deutschland gerichteten Koalition beitreten.

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die belgische Annexionistenpolitik nur von einer zwar einflußreichen aber kleinen Clique betrieben wird. Das Land braucht Frieden und will ihn wahren und die Chancen eines siegreichen Feldzuges gegen Holland sind nicht groß, da Holland sein Heer während des Krieges organisiert hat und fest entschlossen scheint, sich ohne äußerste Not nichts wider seinen Willen abringen zu lassen. Auch muß man berücksichtigen, daß Belgien schwer unter inneren Gegensätzen leidet. Die Arbeiter scheinen sich jetzt, nachdem es eine Zeitlang bedrohlich getriselt hat, allerdings vorläufig wieder beruhigt zu haben. Die Lebensbedingungen sind erträglich in Belgien und der praktische Sinn des Belgiers ist leicht davon zu überzeugen, daß für die nächste Zeit einmal alles auf eine Steigerung der Erzeugung ankommt. Dafür ist aber auch die Flamenfrage in ein überaus kritisches Stadium getreten. Nachdem man zunächst den Willen zur belgischen Einheit dadurch behandelt hatte, daß man durch Mißhandlungen und Hochverratsprozesse gegen diejenigen Aktivisten voring, die während der deutschen Besetzung mit den Deutschen zusammen an der Verwaltungstrennung gearbeitet hatten, an der Genter Hochschule wieder französische Vorlesungen einführte, und flämisch sprechende Abgeordnete in der Kammer niederbrüllte, zeigte es sich, daß die nicht durch Zusammenarbeit mit den Deutschen kompromittierten Passivisten auf ihren flämischen Standpunkt beharrten und der von van Cauwelaert seinerzeit in Holland gegründete „Blaamsch Verbond“ und die flämische Frontpartei mächtiger waren denn je. Das Blatt der Frontpartei „Ons Vaderland“ konnte im Frühjahr sogar nach Brüssel verlegt werden und als es, da es gemäß dem auch vom „Blaamsch Verbond“ vertretenen Programm Aufteilung der Armee in flämische und wallonische Regimenter forderte, für Soldaten verboten wurde, gewann es mit einem Schlage auch im Heere Tausende von neuen Lesern. In Antwerpen stand es eine Zeitlang so, daß auf Ansammlungen von fünf Personen ohne Warnung geschossen werden sollte, und in Gent, wo in den ersten Wochen nach einem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ allein 156 Häuser durch wallonische Soldaten geplündert worden sind, konnte die Ordnung nur durch englische und amerikanische Truppen aufrecht erhalten werden. Aber gerade in Ostflandern werden die flämischen Interessen durch die niedere Geistlichkeit geschützt, die überall im Lande, sehr gegen den Willen des Kardinal Mercier, sich der Flamen annimmt und das auch tun muß, wenn sie das Volk nicht dem mächtig von Frankreich her eindringenden Liberalismus und Freidentertum in die Arme treiben will. Im Mai ist die Kammer allerdings noch nach einer auf Interpellation von Cauwelaerts erfolgten Regierungserklärung gegen die Verwaltungstrennung, gegen die Trennung im Heer, und daß von einer flämischen Hochschule in Gent schon deswegen nicht die Rede sein könne, da man dadurch zu sehr die Erinnerung an die deutsche Verwaltungszeit aufrütteln würde, mit 71 Stimmen gegen 44 bei 11 Enthaltungen zur Tagesordnung übergegangen, inzwischen aber hat die flämische Bewegung weitere Fortschritte gemacht. Nicht nur hat man in Gent im September den Versuch gemacht, die wieder französierte Hochschule in die Luft zu sprengen, nicht nur hat der Bischof Rutten von Lüttich neuerdings wieder betont, daß die Forderungen der Flamen nach kultureller Selbständigkeit, nach flämischer Unterrichts-, Gerichts- und Heeresprache völlig berechtigt seien, auch der Kammerpräsident Pouillet hat sich unlängst mit der Association catholique von Löwen praktisch dem Programm des „Blaamsch Verbond“ angeschlossen und in Roefelaere

hat sich ein umfassender flämischer Studentenkongreß scharf gegen das imperialistische Treiben der Regierungskreise ausgesprochen. Unter diesen Umständen verspricht der Wahlkampf außerordentlich erbittert zu werden, ein großer Teil der klerikalen Fraktion ist schon jetzt aktivistisch gesinnt, die Flamen scheinen jetzt aber auch ihre frühere ziemlich ungefährliche Wahlpraxis, nach der die Kandidaten im Rahmen ihres klerikalen oder liberalen Programms nebenbei auch auf flämische Forderungen verpflichtet wurden, was dann nach der Wahl zu lediglich platonisch bleibenden Demonstrationen führte, aufgeben, und wo es geht, besondere rein aktivistische Programme aufstellen zu wollen, wie das z. B. in Antwerpen geschehen ist, wo dem international-nationalistischen Huysmans der aktivistisch-flämische van Cauwelaert gegenübergestellt worden ist. Auch der alte und angesehene Graf Woeffe, der seit fast 50 Jahren den Wahlkreis Aalst vertritt, hat seine Stellung gefährdet gesehen.

Nun muß man sich wohl vor der Annahme hüten, als ob die Flamen weniger gute Belgier oder gar unbedingt deutschfreundlich seien. Aber für einen von Frankreich her unterstützten und praktisch in erster Linie gegen Holland gerichteten Annexionismus sind sie gewiß nicht zu haben, und mit diesen Widerständen wird die belgische Regierung unbedingt rechnen müssen. Die Annexionisten treiben ein gefährliches Spiel und würden eines kriegerischen Erfolges gegen Holland kaum froh werden. Hoffen wir, daß es ihnen nicht gelingt, das Land in eine Konstellation hineinzutreiben, die eine holländische Irredenta erreichen könnte, welche über kurz oder lang bei Nichtbefriedigung der flämischen Forderungen der gedeihlichen Entwicklung des Landes sehr gefährlich werden könnte.

Mnenius

Vom Altertum zur Gegenwart

Von Oberstudienrat Dr. Otto Stange



elche Werte ein planloser Zerstörungstrieb binnen weniger Monate zu vernichten imstande ist, haben uns die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nur zu deutlich erkennen lassen. Aber ob auch unter den Trümmern manches scheinbar unerfegliche Gut am Boden liegt — schlimmer noch als der Verlust der Werte selbst wäre es, wenn wir durch den großen Wirbelsturm auch der Kräfte beraubt werden sollten, die allein dazu befähigt sind, uns Ersatz zu schaffen für das Verlorene, vor allem für vernichtete Kulturwerte. Noch stehen ja die Säulen aufrecht, die bisher den stolzen Bau der deutschen Geisteswelt getragen haben. Aber auch hier sehen wir bereits den Spaten angelegt, und niemand kann wissen, ob nicht morgen schon der plumpe Hammer herniederfaust, um die gelockerten Grundsteine vollends zu zerschmettern und den Tempel deutscher Geistesgröße zu Fall zu bringen.

Da ist es mit besonderem Dank zu begrüßen, wenn berufene Männer rechtzeitig daran gehen, für bestimmte Wissensgebiete die Kräfte nachzuweisen, durch die einzelne Teile unserer Geistesbildung zu ihrer bisherigen Höhe gelangt sind, und, falls sie von dieser Höhe hinabgestoßen werden sollten, wieder zu ihr emporgeführt werden könnten.

Dieser gewiß nicht leichten Aufgabe haben sich eine Anzahl Hochschullehrer und Rektoren angenommen, Philologen, Juristen, Pädagogen, Historiker, Theologen, auch ein Mathematiker, durchweg Namen ersten Ranges, um unter Führung Eduard Nordens und A. Giesecke-Leubners die Kulturzusammenhänge in den Hauptepochen und auf den Hauptgebieten nachzuweisen in einem soeben erschienenen Buche¹⁾ „Vom Altertum zur Gegenwart“. Der Stoff ist so gegliedert, daß nach

¹⁾ Bei W. G. Teubner, Berlin und Leipzig 1919, Preis geh. 9 Mark, geb. 10,50 Mark, dazu Feuerungszufschläge.